

## Was ist TTIP und was hat TTIP zum Inhalt?

Transatlantic Trade and Investment Partnership (dt.: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft; kurz: TTIP) ist ein vorgeschlagenes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA. Mit diesem Abkommen wollen die EU und die USA die größte Freihandelszone der Welt schaffen. TTIP hat somit Auswirkungen auf ca. 500 Millionen Menschen in den USA und der EU.



## Was sind die Ziele von TTIP?

TTIP hat zum Ziel, Handelsbeschränkungen, wie z.B. Zölle (sogenannte tarifäre Handelshemmnisse), abzuschaffen und auch Standards (sogenannten nicht-tarifäre Handelshemmnisse), anzugleichen oder abzubauen, wenn sie den freien Handel zwischen USA und EU behindern könnten. Hierunter fallen Standards zum Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- sowie Arbeitnehmerschutz. Ein weiteres Ziel von TTIP ist die Einführung, bzw. Ausweitung des sogenannten Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus (engl.: Investor-state dispute settlement; kurz: ISDS). Dieser erlaubt es nur ausländischen Investoren gegen einen Staat, in welchen er investiert hat, vor einer außergerichtlichen, nicht-staatlichen Instanz zu klagen, wenn sie ihre Investitionen gefährdet sehen.

## Welche Auswirkungen könnte TTIP nach sich ziehen?

Kritiker von TTIP befürchten, dass durch TTIP zum Ersten europäische Standards zumindest abgesenkt, wenn nicht sogar abgeschafft werden könnten. Durch diese Absenkung von EU-Standards könnten beispielhaft nicht nur gentechnisch veränderte Lebensmittel, welche gem. US-Standards nicht gekennzeichnet werden müssen, oder auch gentechnisch verändertes Saatgut oder Tiere, bei denen vorher die gentechnischen Veränderungen nicht auf Langzeitwirkungen auf Umwelt und Mensch untersucht und geprüft wurden, Zugang zum Europäischen Markt und zum Verbraucher finden. Weiterhin würden auch abgeschwächte Standards dazu führen, dass zukünftig Inhaltsstoffe in Produkten verwendet werden oder Rückstände vorhanden sein dürfen, welche aktuell in der EU verboten sind. Zum Zweiten bemängeln Kritiker, dass Investoren den ISDS-Mechanismus (s. vorheriger Abschnitt) dazu missbrauchen, um Regierungen, durch Androhung von Klagen und daraus resultierender Strafzahlungen in Milliardenhöhen, von der Einführung von höheren Standards abzuhalten. Zum Dritten besagen Gutachten, dass durch den von TTIP geforderten Wegfall der Zölle in Europa über 600.000 Arbeitsplätze wegfallen könnten.

## In welcher Form und durch wen wird TTIP verhandelt?

Die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen werden seit Juni 2013 zwischen Vertretern der EU-Kommission (hier: Generaldirektion Handel) und Vertretern der US-Regierung geführt. **Der Stand der Verhandlungen sowie die Verhandlungsdokumente sind geheim. In Deutschland liegen diese in zwei überwachten Lesesälen im Berliner Wirtschaftsministerium und in der US-Botschaft in Berlin. Nur Mitglieder des Bundestags, Bundesrats und ausgewählte Mitarbeiter der Bundesministerien ist es erlaubt, diese Dokumente für zwei Stunden unter Aufsicht einzusehen. Es dürfen keine Kopien gemacht, noch über Inhalte gesprochen werden. Jeder ist zum Schweigen verpflichtet. Die Öffentlichkeit (hier: Bürger, Presse etc.) hat keinen Zugang.**

## Was sagt die Alternative für Deutschland zu TTIP?

Die AfD fordert die völlige Transparenz über die Verhandlungen und die Inhalte von TTIP. So muss die Öffentlichkeit und der Bürger voll umfassend über TTIP informiert werden und die Möglichkeit haben, sich über TTIP zu informieren. Es darf nicht sein, dass die vom Volk gewählten Organe wie Bundestag oder Bundesrat kein Mitspracherecht über die Inhalte von TTIP besitzen und somit den demokratischen Grundätzen nicht Genüge getan wird! Nötigenfalls muss über das TTIP-Abkommen in Rahmen eines Volksentscheides abgestimmt werden. Weiterhin darf TTIP nicht dazu führen, dass deutsche oder europäische Standards abgesenkt oder abgeschafft werden und somit Mensch und Umwelt zum Beispiel im Falle von Umwelt- oder Verbraucherstandards unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt werden. Die Unversehrtheit von Umwelt, Tier und Mensch steht für die AfD an erster Stelle! Ebenfalls ist es für die AfD indiskutabel, dass Investoren gegen Deutschland vor nicht-staatlichen Instanzen klagen dürfen, die keine Rechenschaft über ihre Entscheidungen gegenüber dem Volk abgeben müssen. Dies ist nicht im Sinne der Demokratie und diese ist für die AfD nicht verhandelbar! **Daher lehnt, im Gegensatz zu den Altparteien, die AfD TTIP ab, solange diese Anforderungen nicht erfüllt sind!**